

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XVIII
A. Einleitung	1
B. Entwicklung des Sprecherausschusses vom rechtspolitischen Postulat zur gesetzlichen Institution	3
I. Beginn der rechtspolitischen Diskussion um die gesetzliche Verankerung von Sprecherausschüssen im Jahre 1968	3
II. Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahre 1972	6
1. Gesetzentwürfe der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)	6
2. Positionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG)	6
3. Regierungsentwurf und Betriebsverfassungsgesetz 1972	7
4. Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion	8
III. Freiwillige Sprecherausschüsse auf vertraglicher Basis von 1968 bis 1990	10
1. "Grundmodell einer Sprecherregelung" des Arbeitsrings der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie e. V. (Arbeitsring Chemie)	10
2. Begriff und Rechtsgrundlage des freiwilligen Sprecherausschusses	12
3. Entwicklung freiwilliger Sprecherausschüsse	12
4. Zulässigkeitsdiskussion und deren Beendigung durch das BAG im Jahre 1975	14

IV.	Gesetzesvorschläge im Jahre 1979	16
1.	Vorschlag der ULA zu einem "Gesetz über Sprecherausschüsse und Abgrenzung der leitenden Angestellten"	16
2.	Gruppenantrag von Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion	16
V.	Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. im Jahre 1985	19
VI.	Gesetz über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten im Jahre 1988	20
VII.	Ergebnisse der ersten Wahlen nach dem Sprecherausschußgesetz	22
VIII.	Grundlegende Entwicklungslinien von 1968 bis 1992	24
C.	Rechtsfragen im organisatorischen Regelungsbereich des Sprecherausschußgesetzes	27
I.	Organisationsgefüge des Sprecherausschußgesetzes	27
1.	Organisationsformen des Sprecherausschusses	27
a)	Sprecherausschuß	27
b)	Gesamtsprecherausschuß	27
c)	Unternehmenssprecherausschuß	28
d)	Konzernsprecherausschuß	28
2.	Versammlung der leitenden Angestellten	28
II.	Verhältnis des gesetzlichen Sprecherausschusses zum freiwilligen Sprecherausschuß	28

1.	Unterschiede zwischen gesetzlichem und freiwilligem Sprecherausschuß	29
a)	Repräsentation der leitenden Angestellten	29
b)	Verhältnis zum Arbeitgeber	29
c)	Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Sprecherausschuß	30
2.	Zulässigkeit der Errichtung eines freiwilligen Sprecherausschusses nach dem Inkrafttreten des Sprecherausschußgesetzes	30
a)	Bildung eines freiwilligen Sprecherausschusses neben einem bestehenden gesetzlichen Sprecherausschuß	31
aa)	Vertretungsmonopol des gesetzlichen Sprecherausschusses	31
bb)	Behinderungsverbot	32
cc)	Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit	32
dd)	Gleichbehandlungsgebot	33
ee)	Art. 9 GG	34
b)	Wahl eines freiwilligen Sprecherausschusses anstelle einer gesetzlichen Interessenvertretung	34
aa)	Fehlen eines gesetzlichen Sprecherausschusses aufgrund des negativen Ergebnisses der Grundabstimmung i. S. d. § 7 II 4	34
(1)	Zulässigkeit eines außergesetzlichen Ausschusses	35
(2)	Unzulässigkeit der Bildung eines freiwilligen Sprecherausschusses	36
(3)	Stellungnahme	37
bb)	Fehlen eines gesetzlichen Sprecherausschusses aufgrund der mangelnden Initiative der leitenden Angestellten	41
3.	Zulässigkeit der Bildung eines freiwilligen Sprecherausschusses in einem Unternehmen mit weniger als zehn leitenden Angestellten und sonstiger Zusammenschlüsse leitender Angestellter	42
a)	Unternehmen mit weniger als zehn leitenden Angestellten	42
b)	Sonstige Zusammenschlüsse leitender Angestellter	42

III. Bildung eines Sprecherausschusses	43
1. Grundvoraussetzungen der Errichtung	43
2. Begriff des leitenden Angestellten	43
a) Geltung des § 5 III; IV BetrVG im Regelungsbereich des Sprecherausschlußgesetzes	43
b) Schreibweise	44
3. Betriebsbegriff	45
a) Betrieb	45
b) Nebenbetriebe und Betriebsteile	46
aa) Analoge Anwendung des § 4 BetrVG bei Nebenbetrieben und Betriebsteilen	46
bb) Ablehnung des Rückgriffs auf das Betriebsverfassungsgesetz	47
cc) Stellungnahme	48
4. Zuordnung der leitenden Angestellten bei Errichtung eines betriebsübergreifenden Sprecherausschusses	49
a) Kriterium der Luftliniendistanz	49
b) Kriterium der Verkehrsverbindung	50
c) Bestimmung des nächstgelegenen Betriebes mit Hilfe mehrerer Kriterien	50
d) Stellungnahme	51
5. Zusammensetzung des Sprecherausschusses	53
a) Dauerhaftes Absinken der Zahl der leitenden Angestellten unter die gesetzliche Mindestzahl	53
aa) Zuordnung gem. § 1 II vom Zeitpunkt der Amtsbeendigung an	53
bb) Ende der Interessenvertretung durch einen gesetzlichen Sprecherausschluß mit dem Verlust der Sprecherausschlußfähigkeit	54
cc) Stellungnahme	54

b)	Unterschreiten der gesetzlich vorgesehenen Mitgliederzahl	55
aa)	Nichtzustandekommen eines Sprecherausschusses	56
bb)	Entsprechende Verringerung der Mitgliederzahl	56
cc)	Stellungnahme	57
c)	Vertretung eines Sprecherausschussmitgliedes	
	durch ein Ersatzmitglied	58
aa)	Entscheidungsbefugnis des Mitgliedes über seine Vertretung	58
bb)	Automatische Stellvertretung des Mitgliedes durch das Ersatzmitglied	59
cc)	Stellungnahme	59
6.	Sprecherausschussamt bei Betriebsübergang und Unternehmensänderung	60
a)	Betriebsübergang	60
b)	Unternehmensänderung	61
IV.	Geschäftsführung des Sprecherausschusses	63
1.	Beteiligung des Sprecherausschusses bis zur Wahl eines Vorsitzenden der Interessenvertretung	63
a)	Beteiligungspflicht des Arbeitgebers	63
b)	Keine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Beteiligung des Sprecherausschusses	65
c)	Stellungnahme	65
2.	Inanspruchnahme von Sachverständigen durch den Sprecherausschuß	67
a)	Hinzuziehung von Sachverständigen gem. § 80 III BetrVG analog	67
b)	Kein Recht des Sprecherausschusses auf Hinzuziehung von Sachverständigen	68
c)	Stellungnahme	69

V. Rechtliche Stellung der Sprecherausschußmitglieder	70
1. Kündigungsschutz für Sprecherausschußmitglieder	70
2. Befangenheit eines Mitgliedes des Sprecherausschusses	71
a) Abstimmungsverbot bei Zulässigkeit der Teilnahme des befangenen Mitgliedes an der Sitzung	72
b) Befangenheit als Fall der zeitweiligen Verhinderung i. S. d. § 10 I 2	72
c) Stellungnahme	73
3. Umfang der Befreiung von der beruflichen Tätigkeit	74
a) Zulässigkeit einer vollständigen Arbeitsbefreiung im Rahmen des § 14 I	74
b) Keine völlige Freistellung von der Arbeitsleistung	75
c) Stellungnahme	75
4. Teilnahme von Sprecherausschußmitgliedern an Schulungsveranstaltungen	76
a) Kostenerstattung	77
b) Befreiung von der beruflichen Tätigkeit für die Teilnahme an einer Schulungsveranstaltung	77
aa) Anerkennung eines Befreiungs- und Lohnfortzahlungsanspruchs im Rahmen des § 14 I ...	77
bb) Kein Anspruch auf Arbeitsbefreiung zum Besuch von Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	78
cc) Stellungnahme	78
5. Geheimhaltungspflicht bei Kommunikation zwischen Betriebsrat und Sprecherausschuß	80
a) Analoge Anwendung der §§ 79 I 3 BetrVG; 29 I 3 SprAuG	80
b) Uneingeschränkte Geheimhaltungspflicht bei Kommunikation zwischen Betriebsrat und Sprecherausschuß	81
c) Stellungnahme	81

VI. Gesamt-, Unternehmens- und Konzernsprecherausschuß	82
1. Wechsel von der Grundform der betrieblichen Interessenvertretung zum Unternehmenssprecherausschuß bei nur einem existierenden betrieblichen Sprecherausschuß	82
2. Zuständigkeit des Gesamtsprecherausschusses für leitende Angestellte in sprecherausschlußlosen Betrieben	83
a) Rechtslage im Falle von sprecherausschlußfähigen vertretungslosen Betrieben	84
aa) Bejahung der Zuständigkeit	84
bb) Keine Zuständigkeit des Gesamtsprecherausschusses	85
cc) Stellungnahme	85
b) Rechtslage im Falle von nichtsprecherausschlußfähigen Betrieben	86
3. Beschußmehrheit für die Auflösung eines Konzernsprecherausschusses	86
a) Gleiche Beschußmehrheit für Errichtung und Auflösung eines Konzernsprecherausschusses	87
b) Unterschiedliche Behandlung von Bildung und Auflösung des Konzernsprecherausschusses	87
c) Stellungnahme	88
VII. Versammlung der leitenden Angestellten	88
1. Anzahl und zeitliche Lage der Versammlungen	89
a) Anzahl der Versammlungen	89
b) Zeitliche Lage der regelmäßigen Versammlungen	90
c) Zeitliche Lage der Versammlungen auf Antrag des Arbeitgebers oder der leitenden Angestellten	90
aa) Rückgriff auf die in § 44 II BetrVG zum Ausdruck kommende Wertung	90
bb) Uneingeschränkte Geltung des § 15 II 1	91
cc) Stellungnahme	91

2. Zulässigkeit der Abhaltung von Teilversammlungen	92
a) Bejahung der Zulässigkeit von Teilversammlungen	93
b) Bejahung der Zulässigkeit von Teilversammlungen im Falle des Bestehens eines Unternehmenssprecherausschusses	93
c) Unzulässigkeit von Teilversammlungen	94
d) Stellungnahme	94
3. Vergütungsanspruch bei Teilnahme an der Versammlung	95
a) Teilnahme innerhalb der Arbeitszeit	95
b) Teilnahme außerhalb der Arbeitszeit	96
4. Fahrtkostenerersatz	96
a) Grundsätzliche Kostentragungspflicht des Arbeitgebers gem. § 14 II analog	97
b) Keine Fahrtkostenerstattung durch den Arbeitgeber	98
c) Stellungnahme	98
5. Zulässigkeit der Vertretung des Arbeitgebers durch einen Beauftragten im Rahmen des § 15 III	99
6. Einladung nicht teilnahmeberechtigter Personen	100
a) Unzulässigkeit der Teilnahme betriebsfremder Personen an einer Betriebsversammlung	100
b) Zulässigkeit der Teilnahme betriebsfremder Personen an der Versammlung bei Einwilligung sämtlicher Versammlungsteilnehmer	101
c) Zulässigkeit der Teilnahme betriebsfremder Personen auf Einladung des Sprecherausschusses bei Vorliegen sachlicher Gründe	101
d) Stellungnahme	102

D. Rechtsfragen im beteiligungsrechtlichen Regelungsbereich des Sprecherausschüssegesetzes	105
I. Aufgaben und Beteiligungsrechte des Sprecherausschusses	105
1. Allgemeiner Aufgabenbereich des Sprecherausschusses	105
a) Umfassende Zuständigkeit des Sprecherausschusses auf der Grundlage des § 25 I 1	105
b) Beschränkung der Zuständigkeit des Sprecherausschusses auf die gesetzlich vorgesehenen Fälle	106
c) Stellungnahme	106
2. Beteiligungsrechte des Sprecherausschusses und deren Umsetzung in der Praxis	108
II. Unterrichtungsrechte des Sprecherausschusses	109
1. Einblicksrecht des Sprecherausschusses in die Bruttogehaltsliste im Rahmen des § 25 II	109
a) Ablehnung eines Einsichtsrechts	109
b) Bejahung eines umfassenden Einblickrechts	110
c) Eingeschränktes Einblicksrecht zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben nach §§ 27 I und 30	110
d) Stellungnahme	111
2. Reichweite der Informations- und Beratungspflicht des Arbeitgebers bei einer Änderung der Gehaltsgestaltung	112
a) Eingreifen des § 30 auch bei generellen Gehaltserhöhungen und -kürzungen	113
b) Kein Mitwirkungsrecht des Sprecherausschusses in bezug auf die Gehaltshöhe	114
c) Stellungnahme	115

3.	Anwendungsbereich der Mitteilungspflicht bei Einstellungen und personellen Veränderungen	116
a)	Maßgeblichkeit des § 99 I 1 BetrVG für die Auslegung des § 31 I	117
b)	Rückgriff auf die zu § 105 BetrVG entwickelten Grundsätze	117
c)	Stellungnahme	118
4.	Unterrichtung über eine geplante Betriebsänderung und § 111 BetrVG	119
a)	Umfassende Geltung des § 111 BetrVG im Rahmen des § 32 II 1	119
b)	Teilweise Geltung des § 111 BetrVG zur Verdeutlichung des Begriffs der Betriebsänderung	120
c)	Stellungnahme	120
III.	Anhörung des Sprecherausschusses vor Abschluß einer Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat	122
1.	"Sonstige Vereinbarungen" i. S. d. § 2 I 2	122
2.	Anhörungspflicht im Falle eines Einigungsstellenverfahrens	123
3.	Beeinträchtigung "rechtlicher Interessen" der leitenden Angestellten	123
E.	Ergebnisse und Schlußbetrachtungen	125
I.	Ergebnisse	125
II.	Abschließende Betrachtungen	130